

## Just Net Coalition

[www.justnetcoalition.org](http://www.justnetcoalition.org)

Email: [secretariat@justnetcoalition.org](mailto:secretariat@justnetcoalition.org)

### Mehr als 170 Zivilgesellschaftliche Gruppen widersetzen sich Plänen für ein von Big Tech dominiertes Gremium für globale digitale Governance

Nicht nur in Entwicklungsländern, sondern auch in den USA und der EU werden Rufe nach einer stärkeren Regulierung von Big Tech immer lauter. Genau zu dem Zeitpunkt, an dem wir globale Normen zur Regulierung von Big Tech schaffen sollten, tauchen nun Pläne für ein "ermächtigtes" globales digitales Governance-Gremium auf, das offensichtlich von Big Tech dominiert werden wird. Durch dieses neue Kontroll-Gremium könnte die ohnehin schon viel zu große Macht der Technologie-Giganten noch weiter ausgebaut und es ihnen gleichzeitig ermöglicht werden, sich einer effektiven Regulierung sowohl auf globaler als auch auf nationaler Ebene zu entziehen. In der Tat stehen wir vor der unglaublichen Aussicht auf "ein von Big Tech geführtes Gremium für die globale Kontrolle von Big Tech".

An

Den Generalsekretär,

Vereinte Nationen, New York.

Ihr "Fahrplan für digitale Zusammenarbeit" („Roadmap for Digital Cooperation“) erkennt zu Recht an, dass "die Welt an einem kritischen Wendepunkt für die Governance von Technologie steht, was durch die aktuelle Pandemie noch dringlicher geworden ist". Wir sind jedoch besorgt, dass der Vorschlag für ein neues "strategisches und ermächtigtes" hochrangiges Multi-Stakeholder-Gremium („High Level Multi-Stakeholder Body“) mit wesentlichen Aufgaben im Zusammenhang mit der digitalen Politik den Ergebnissen des Weltgipfels zur Informationsgesellschaft (WSIS) und seinem offiziellen Folgeprozess direkt zuwiderläuft. Es ist in jedem Fall inakzeptabel, dass in einem solchen politischen Spitzengremium Unternehmen und Regierungen gleichberechtigt vertreten sein sollen. Schlimmer noch, das vorgeschlagene Gremium wird weitgehend von privater (d.h. Unternehmens-) Finanzierung abhängen, und der Hauptvorschlag, der derzeit für dieses Gremium auf dem Tisch liegt, sieht vor, die Erlangung eines Sitzes in diesem Gremium mit der Bereitstellung finanzieller Unterstützung zu verknüpfen. Dies ist ein neuer Tiefpunkt für die UNO und eine unvorstellbar gefährliche Richtung für die Zukunft der Global Governance.

Der Weltgipfel zur Informationsgesellschaft (WSIS) beauftragte einen Prozess der "Verstärkten Zusammenarbeit" („Enhanced Cooperation“) zur Entwicklung "internationaler öffentlicher Politik in Bezug auf das Internet" (oder globaler digitaler Politik) sowie einen Multi-Stakeholder-Dialograum, das Internet Governance Forum. Während das Internet-Governance-Forum (IGF) der Vereinten Nationen unter Multi-Stakeholder-Ansatz seit 2006 in Funktion ist, ist das multilaterale Element der eigentlichen politischen Entwicklung, das Rahmenwerk der "Verstärkten Zusammenarbeit" („Enhanced Cooperation“), noch nicht zum Tragen gekommen. Es bleibt jedoch fest auf der Agenda der WSIS-Folgemaßnahmen, wobei die UN-

Generalversammlung im Dezember 2020 die „Notwendigkeit eines fortgesetzten Dialogs und der Arbeit an der Umsetzung der Verstärkten Zusammenarbeit“ feststellte, wie vom WSIS vorgesehen.

Die Verzögerung bei der Einrichtung eines von Regierungen geleiteten UN-Gremiums / Mechanismus / Rahmenwerks für digitale Politik, wie vom WSIS gefordert, hinterlässt ein vorübergehendes Vakuum, in das sich dieses vorgeschlagene hochrangige Multi-Stakeholder-Gremium einzufügen versucht. Dabei ist jedoch überhaupt nicht klar, wie der offizielle, formale Prozess für „Verstärkte Zusammenarbeit“ ("Enhanced Cooperation") durch einen informellen Prozess, geleitet vom Büro des Generalsekretärs, ersetzt (und unterlaufen) werden kann (wenn auch mit dem leicht veränderten Namen "Digital Cooperation"). (Siehe Anhang 1 zu diesem Dokument, wie dies ausdrücklich gegen Mandate des WSIS und der UN-Generalversammlung verstößt).

Während das IGF als Forum für den politischen Dialog gut funktioniert, scheinen die verschiedenen Funktionen, die für das vorgeschlagene hochrangige Multi-Stakeholder-Gremium vorgesehen sind - auch wenn sie oft etwas umständlich formuliert werden -, darauf ausgelegt zu sein, es zum wichtigsten normsetzenden Gremium für die globale digitale Governance zu machen und ihm gleichzeitig eine private Finanzierungsbasis zu verschaffen. (Siehe Anhang 2 über die offensichtliche politische Rolle dieses vorgeschlagenen Gremiums und sein problematisches Finanzierungsmodell).

Nicht nur in Entwicklungsländern, sondern auch in den USA und der EU werden Forderungen nach einer stärkeren Regulierung von Big Tech immer lauter. Genau zu dem Zeitpunkt, an dem wir globale Normen zur Regulierung von Big Tech schaffen sollten, ist es ein schieres Paradox, dass Pläne für ein "ermächtigtes" globales digitales Governance-Gremium auftauchen, das eindeutig von Big Tech dominiert werden wird. Dieses neue Gremium würde seine ohnehin schon übermächtige Macht noch weiter ausbauen und Big Tech dabei helfen, sich einer effektiven Regulierung zu widersetzen, sowohl auf globaler als auch auf nationaler Ebene. Wir stehen in der Tat vor der unglaublichen Aussicht auf "ein von Big Tech geführtes Gremium für die globale Governance von Big Tech".

Ein Readers' Guide von der University of Massachusetts-Boston beschreibt, wie die Global Redesign Initiative des Weltwirtschaftsforums (WEF) meinte, dass "'Multi-Stakeholder-Konsultationen' zu globalen Angelegenheiten sich zu 'Multi-Stakeholder-Governance'-Arrangements entwickeln sollten". "Diese Transformation bedeutet, dass nichtstaatliche Akteure nicht mehr nur Input für Entscheidungsträger liefern würden ... sondern tatsächlich für globale politische Entscheidungen verantwortlich wären." Der Bericht der Global Redesign Initiative fokussierte sich zunächst darauf, "Multi-Stakeholder-Strukturen für die Institutionen zu entwerfen, die sich mit globalen Problemen beschäftigen, die eine Online-Dimension haben". Und führt weiter aus: "... da immer mehr Probleme eine Online-Dimension bekommen, würde das Multi-Stakeholder-Modell zum Standard in der internationalen Zusammenarbeit werden."

Das Gefühl eines Déjà-vu bei dem, was sich jetzt vor unseren Augen abspielt, ist besorgniserregend. Der erste Schritt der Umwandlung eines Gremiums für "Multi-Stakeholder-Konsultationen" (IGF) in ein Gremium für "Multi-Stakeholder-Governance" (das IGF plus, das hochrangige Multi-Stakeholder-Gremium) für die "Online-" oder "digitale" Dimension, ist offensichtlich bereits im Gange. Zu beachten ist auch, wie der Begriff "Zusammenarbeit" im obigen WEF-"Plan" eingesetzt wird, um tatsächlich Politikgestaltung zu meinen, ähnlich seiner Verwendung in der Initiative und Architektur der "Digitalen Zusammenarbeit" („Digital Cooperation“) der Vereinten Nationen.

Wir fordern das Büro des UN-Generalsekretärs auf, den Vorschlag für ein hochrangiges Multi-Stakeholder-Gremium für "Digitale Zusammenarbeit" sofort zurückzuziehen, da es de facto zum Gremium für "Globale Digitale Governance" werden würde. Wenn dieser Vorschlag angenommen wird, läutet er die Totenglocke der demokratischen und multilateralen Global Governance ein und ersetzt sie durch unternehmensgeführte

Governance-Systeme, die sich (wie vom WEF vorgesehen) mit zunehmender Digitalisierung aller Sektoren weiter ausbreiten werden.

In der Tat findet eine solche Vereinnahmung von Politik-Foren bereits in mehreren Dimensionen des multilateralen UN-Systems statt. Sie übt bereits einen direkten Einfluss auf das Leben der Menschen aus - wie wir jetzt deutlich bei der Pandemie im Fall der Governance von Gesundheit sehen, aber auch bei der Governance von Nahrung, Bildung und Umwelt. Jüngste Entwicklungen wie COVAX und der Food Systems Summit sind Beispiele für eine Bewegung in diese Richtung und folgen dem Modell, das in der jüngsten "The Great Re-Set" vom WEF weiterentwickelt wurde. Die schnell wachsende Rolle von Big Data, KI und digitalen Plattformen in allen Sektoren passt gut zu der Entwicklung hin zu einer globalen Selbstregulierung von Big Tech und würde zu einer weiteren Verankerung dieses Ansatzes in allen Sektoren führen.

Wie vom WSIS angeordnet, fordern wir das Büro des UN-Generalsekretärs zudem auf, sich der Frage zu widmen, wie am besten ein demokratisches System für die globale digitale Governance entwickelt werden kann, das den Richtlinien des WSIS folgt.

### **Unsere spezifische Bitte an das Büro des Generalsekretärs:**

1. Der Vorschlag für ein "ermächtigtes und strategisches" hochrangiges Multi-Stakeholder-Gremium für Digitale Zusammenarbeit sollte auf Eis gelegt werden. Wir sehen weder eine Rolle noch eine Notwendigkeit dafür.
2. Es sollte klar unterschieden werden zwischen dem, was einerseits Digitale Zusammenarbeit zur Unterstützung von UN-Organisationen beim Einsatz digitaler Technologien in programmatischer Hinsicht bedeuten könnte und andererseits den Kernfunktionen der Digitalpolitik der Vereinten Nationen. In Bezug auf Ersteres wurden in der Roadmap für Digitale Zusammenarbeit einige Schritte vorgeschlagen. Wir haben verschiedene Bedenken in Bezug auf einige dieser Schritte. Worüber wir jedoch am meisten besorgt sind, ist die völlig inakzeptable Überdehnung der Agenda für Digitale Zusammenarbeit auf wesentliche politische Funktionen, auch wenn sie unter verschiedenen vagen Begriffen und Beschreibungen versteckt ist. Die Agenda der Digitalen Zusammenarbeit sollte überarbeitet werden und sich, wenn überhaupt, auf programmatische und politische Dialogfunktionen beschränken. Jeder Rahmen oder jedes Forum, das unter ihr eingerichtet wird, sollte diese Funktionen nicht im Geringsten überschreiten. Dies sollte in allen relevanten Dokumenten und Mandaten vollständig klargestellt werden. Alle vagen und verwirrenden Formulierungen in dieser Hinsicht sollten durch eine klare Beschreibung der Rollen und Funktionen ersetzt werden, wobei jegliche wesentliche politische Rolle vollständig ausgeschlossen werden sollte. Wir sind gerne bereit, unsere weiteren Vorschläge und Unterstützung in dieser Hinsicht anzubieten.
3. Es sollten erneuerte ernsthafte Anstrengungen unternommen werden, um ein wirklich demokratisches System für die globale digitale Governance zu entwickeln, das die Interessen von Unternehmen in Schach hält. Das Büro des Generalsekretärs sollte einen neuen formalen Konsultationsprozess zu diesem Thema gemäß den WSIS-Richtlinien einleiten. Dies ist besonders wichtig angesichts der dramatisch veränderten öffentlichen und politischen Meinung über die Notwendigkeit einer strengen Regulierung von Big Tech und der Tatsache, dass Big Tech bereits global ist und daher ein gewisses Maß an effektiver globaler Governance, also an Kontrolle, mit entsprechenden globalen Normen und Richtlinien erfordert.

## Unterzeichner

1. Just Net Coalition (Global)
2. Transnational Institute (TNI) (Global)
3. Society for International Development (SID) (Global)
4. Tricontinental Centre (CETRI) (Belgium)
5. FIAN International (Global)
6. Focus on the Global South (Asia)
7. ETC Group (Global)
8. Global Campaign for Education (Global)
9. Development Alternatives with Women for a New Era (DAWN) (Global)
10. Internet Ciudadana (Latin America)
11. Association for Proper Internet Governance (Switzerland)
12. Agencia Latinoamericana de Información (ALAI) (Latin America)
13. Nexus Research Cooperative (Ireland)
14. Social Watch (Global)
15. Observatory of Linguistic and Cultural Diversity on the Internet (Global)
16. IT for Change (India)

*Mehr als 150 weitere zivilgesellschaftliche Gruppen, die dieses Schreiben unterstützen, sind am Ende von Anhang 2 aufgeführt.*

## Anhang 1

### Ein kurzer institutioneller Abriss der Geschichte des WSIS und seiner Folgemaßnahmen im Bezug auf den Vorschlag für ein hochrangiges Multi-Stakeholder-Gremium für digitale Zusammenarbeit

Der Weltgipfel über die Informationsgesellschaft (WSIS), der in zwei Phasen 2003 und 2005 stattfand, ordnete zwei komplementäre, aber unterschiedliche politische Prozesse an: einen multilateralen Prozess der "Verstärkten Zusammenarbeit" für die eigentliche Politikgestaltung und ein Multi-Stakeholder Internet Governance Forum (IGF) als politisches Dialogforum.

Das IGF der Vereinten Nationen wurde im Jahr 2006 gegründet und trifft sich jährlich. Im Jahr 2010 setzte die UN-Generalversammlung (GV) eine Arbeitsgruppe der Kommission für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung (CSTD) zur Verbesserung des IGF ein. Deren Bericht wurde von der UN-Generalversammlung angenommen und ist umgesetzt worden. Bezeichnenderweise wurden viele Gestaltungselemente des jetzt vorgeschlagenen hochrangigen Multi-Stakeholder-Gremiums - die neue Arten von noch wesentlicheren politischen Rollen für das IGF oder mit dem IGF verbundene Gremien beinhalten - von dieser Arbeitsgruppe ausdrücklich abgewogen und abgelehnt. Es ist besorgniserregend und inakzeptabel, wie diese Elemente eines "ermächtigten IGF plus", nachdem sie in einem formellen Prozess nach umfangreichen Konsultationen abgelehnt wurden, nun durch die Hintertür eines informellen Prozesses, der vom Büro des Generalsekretärs vorangetrieben wird, wieder auftauchen.

Der andere vom WSIS angeordnete "ergänzende" Prozess der "Enhanced Cooperation" („Verstärkte Zusammenarbeit“) für die tatsächliche Politikgestaltung blieb umstritten. Von 2014 bis 2018 prüften zwei aufeinanderfolgende CSTD-Arbeitsgruppen verschiedene Möglichkeiten zur Umsetzung dieser zentralen WSIS-Empfehlung, doch eine Einigung konnte nicht erzielt werden. Dieser Prozess der Erkundung einer geeigneten Architektur für die Verstärkte Zusammenarbeit in der globalen digitalen Politik ist jedoch nicht abgeschlossen. Das WSIS + 10 Treffen im Jahr 2015 rief dazu auf, "den Dialog und die Arbeit an der Umsetzung der Verstärkten Zusammenarbeit fortzusetzen". Dieser Aufruf wurde durch eine Resolution der UN-Generalversammlung im Jahr 2020 wiederholt.

Wie bei der Multi-Stakeholder Advisory Group (MAG) des IGF – die sehr wahrscheinlich eine Erweiterung davon darstellt - würden in dem neuen hochrangigen Multi-Stakeholder-Gremium neben einigen Mitgliedern der technischen Gemeinschaft und der Zivilgesellschaft auch gleichberechtigt Vertreter von Unternehmen und Regierungen sitzen. Dies ist akzeptabel für das MAG, dessen Aufgabe im Wesentlichen darin besteht, das Programm für das jährliche IGF zu entwickeln. Andererseits hat das vorgeschlagene neue hochrangige Multi-Stakeholder-Gremium eine klare und zentrale politische Rolle. Es gibt keinen offensichtlichen Grund, über die derzeitige IGF- und MAG-Struktur hinauszugehen, die sich als politisches Dialogsystem bewährt hat, wie es vom WSIS gefordert wird.

Der aktuelle Vorschlag scheint ein klarer Versuch zu sein, sich von der IGF-Seite zur „Enhanced Cooperation“-Seite des WSIS-Mandats zu schleichen, da es der „Enhanced Cooperation“-Prozess war, der die Rolle der Politikentwicklung übernehmen sollte. Die UN-Generalversammlung hat in ihren Post-WSIS-Resolutionen eindeutig festgelegt, dass das IGF und die „Enhanced Cooperation“ "unterschiedliche", d.h. getrennte Prozesse sein sollen, um ein solches Übergreifen von der IGF-Seite des "Politikdialogs" auf den wesentlichen Politikbereich zu verhindern. Es gibt daher keinen Spielraum für ein "Internet Governance Forum plus Modell" oder eine "Erweiterung des Forums" (beides Begriffe aus dem Roadmap-Dokument des Generalsekretärs), als eine Art Hybrid zwischen der Politikdialog-Funktion des IGF und der inhaltlichen Politikfunktion der vom WSIS in Auftrag gegebenen "Enhanced Cooperation" (die multilateral sein soll, aber lediglich mit Multi-Stakeholder-Konsultationen). Das neue hochrangige Multi-Stakeholder-Gremium versucht offensichtlich, ein solcher Hybrid zu werden. Dies ist eine klare Subversion der Architektur, die durch den

WSIS und die nachfolgenden Richtlinien der UN-Generalversammlung festgelegt wurde.

Das hochrangige Multi-Stakeholder-Gremium für Digitale Zusammenarbeit ist offensichtlich als "Enhanced Cooperation" getarnt und versucht, dessen Rolle bei der Entwicklung digitaler Politik zu übernehmen. Nur dass es sich aus Sicht des WSIS-Mandats, das in seiner Tunis-Agenda die Richtungen des Was und Wie eines solchen Gremiums für Internet / Digitalpolitik vorgab, für eine solche Rolle überhaupt nicht qualifiziert.

Sobald ein solches hochrangiges Multi-Stakeholder-Gremium, das sich mit wesentlichen politischen Fragen befasst, gebildet ist, wird es langsam aber sicher versuchen, das Vakuum zu füllen, das durch die Nichtbildung eines demokratischen und multilateralen Gremiums für die Entwicklung einer globalen Internet- und Digitalpolitik entstanden ist. Es wird somit an der Spitze des globalen digitalen Governance- und Politiksystems stehen.

## Anhang 2

### Einige Zitate aus Dokumenten im Zusammenhang mit dem hochrangigen Multi-Stakeholder-Gremium, die seine vorgeschlagene zentrale politische Rolle und das problematische private Finanzierungsmodell zeigen

#### *Die offensichtliche zentrale politische Funktion des vorgeschlagenen hochrangigen Multi-Stakeholder-Gremiums*

Der Bericht des „High Level Panel on Digital Cooperation“, auf dem der „Fahrplan für Digitale Zusammenarbeit“ („Roadmap for Digital Cooperation“) des UN-Generalsekretärs basiert, beschreibt die politische Funktion des vorgeschlagenen hochrangigen Multi-Stakeholder-Gremiums folgendermaßen:

...Politik und Normen für die öffentliche Diskussion und Verabschiedung zu entwickeln. Als Antwort auf Anfragen zu einer wahrgenommenen Regelungslücke würde es untersuchen, ob bestehende Normen und Vorschriften die Lücke füllen könnten, und, falls nicht, eine politische Gruppe aus interessierten Stakeholdern bilden, die Regierungen und anderen Entscheidungsgremien Vorschläge unterbreitet. Sie würde die Politik und die Normen durch das Feedback der Gremien, die sie annehmen und umsetzen, überwachen.

Aufbauend auf diesem Bericht fordert der Fahrplan des Generalsekretärs insbesondere Folgendes;

Die Schaffung eines strategischen und mit Befugnissen ausgestatteten hochrangigen Multi-Stakeholder-Gremiums, das auf den Erfahrungen der bestehenden Multi-Stakeholder-Beratungsgruppe aufbaut und dringende Fragen angeht, Folgemaßnahmen zu den Diskussionen des IFG-Forums koordiniert und die vorgeschlagenen politischen Ansätze und Empfehlungen des Forums an das entsprechende normative und entscheidungsbefugte Forum weiterleitet.

Der Teil "strategisch und mit Befugnissen ausgestattet" macht deutlich, dass die Rolle dieses Gremiums weit über die Politikberatungsfunktion des IGF der Vereinten Nationen hinausgehen würde. Es wird eine gewisse strategische, Politik-bezogene Macht haben. „Dringende Fragen angehen" ist ein weiterer Teil, der auf eine Art Entscheidungsfunktion hinweist, die weit über die politische Beratung hinausgeht. Gleiches gilt für die "Koordinierung von Folgemaßnahmen zu IGF-Diskussionen". Wie leitet das Gremium "politische Ansätze und Empfehlungen" vom IGF weiter, wenn es im IGF keine Möglichkeiten oder Mittel zur Abgabe von Empfehlungen gibt? Offensichtlich soll das neu vorgeschlagene Gremium eine "ermächtigte" Rolle bei der Auswahl, Gestaltung und Erarbeitung von politischen Ansätzen und Empfehlungen haben.

In Ermangelung eines anderen spezifischen Gremiums für die Gestaltung von Internet- oder digitalen Normen innerhalb des UN-Systems werden politische Ansätze und Empfehlungen, die aus diesem vorgeschlagenen hochrangigen Multi-Stakeholder-Gremium hervorgehen, als "die" globalen Normen und als "Soft Law" in der digitalen Arena präsentiert und interpretiert.

#### *Das private Finanzierungsmodell für das vorgeschlagene hochrangige Multi-Stakeholder-Gremium*

Diesbezüglich heißt es im Bericht des "High level Panel":

Alle Interessengruppen - einschließlich Regierungen, internationale Organisationen, Unternehmen sowie der Technologie-Sektor - würden ermutigt, einen Beitrag zu leisten.

Der Fahrplan des Generalsekretärs baut darauf auf und schlägt vor;

die langfristige Nachhaltigkeit des Forums und die für eine stärkere Beteiligung erforderlichen Ressourcen durch eine innovative und tragfähige Fundraising-Strategie anzugehen, wie sie vom Runden Tisch gefördert wird.

Es scheint kein Dokument darüber vorhanden zu sein, was "vom Runden Tisch gefördert" wird. Aber alles deutet darauf hin, dass der Fokus auf privater Finanzierung außerhalb der Vereinten Nationen liegt. Bei einer so verlockenden, hochkarätigen Rolle bei der Gestaltung digitaler Normen und der Politik würde ein großer Teil dieser Finanzierung sehr wahrscheinlich von Big Tech und anderen Unternehmensquellen kommen. Ein Vorschlag, wie das hochrangige Multi-Stakeholder-Gremium (High Level Multi-Stakeholder Body - HLMB) betrieben werden sollte, der von einer Arbeitsgruppe der Multi-Stakeholder Advisory Group (MAG) des IGF entwickelt wurde – wobei die MAG selbst ein starker Kandidat für eine zentrale Rolle in dem vorgeschlagenen neuen Gremium ist -, sagt Folgendes über seine Finanzierung:

Wahrscheinlich werden einige hochrangige Leute, die im HLMB sitzen, einen größeren Anreiz haben, die Finanzierung des IGF-Sekretariats in Erwägung zu ziehen, ohne dies überhaupt zur Bedingung machen zu müssen.

Es gibt hier mehr als einen Hinweis auf „wer zahlt, schafft an“ ("pay to play"). Alle relevanten Dokumente sprechen im Allgemeinen klar über einen Schwerpunkt auf privater Finanzierung, mit Hinweisen darauf, dass Mitglieder dieses Gremiums, die finanziell gut ausgestattet sind und Ressourcen für ihre Funktionen zur Verfügung stellen können, eine gute Sache wären.

***Fortsetzung.***



Auf diesen offenen Brief kann hier auch auf [Englisch](#), hier auf [Französisch](#), hier auf [Spanisch](#) und hier auf [Niederländisch](#) zugegriffen werden.

## Fortsetzung Liste der unterstützenden Organisationen

### Global

17. Third World Network
18. Bread for the World
19. Agencia internacional de noticias PRESENZA
20. People's Health Movement
21. LDC Watch
22. Global Forest Coalition
23. World Association for Christian Communication (WACC)
24. Baby Milk Action, International Baby Foods Action Network (IBFAN)
25. Badayl
26. DisCO.coop
27. Emergent Works
28. Evolution of Mind, Life and Society Research Institute (EMLS RI)
29. Friends of The Earth International
30. International Movement of Catholic Agricultural Rural Youth (MIJARC)
31. Oikotree Global Forum
32. People's Dialogue
33. Intercontinental Network for the Promotion of Social Solidarity (RIPESS)
34. Centre for Research on Multinational Corporations (SOMO)
35. The Corner House
36. Urgenci International Network
37. Women Engage for a Common Future (WECF)
38. Association for Women's Rights in Development (AWID)
39. World March of Women International
40. Both ENDS
41. Ethical Minds

### Regional

42. European Coordination Via Campesina (ECVC) (Europe)
43. Alianza Biodiversidad (Latin America)
44. Foro de Comunicación para la Integración de NuestrAmérica (Latin America)
45. Campaña Latinoamericana por el Derecho a la Educación (CLADE) (Latin America)
46. Asociación Latinoamericana de Educación y Comunicación Popular (ALER) (Latin America)
47. ALBA TV (Latin America)
48. Jubileo Sur/Américas (Latin America)
49. Sursiendo, Comunicación y Cultura Digital (Latin America)
50. Fundación de Estudios, Acción y Participación Social (FEDAEPS) (Latin America)
51. Colectivo Voces Ecológicas (COVEC) - Radio Temblor internacional (Latin America)
52. Consejo de Educación Popular de América Latina y el Caribe (CEAAL) (Latin America)
53. Project on Organising, Development, Education and Research (PODER) (Latin America)
54. Transnational Migrant Platform-Europe (TMP-E) (Europe)
55. Platform of Filipino Migrant Organisations (Europe)
56. Europe External Programme with Africa (Africa)
57. France Amérique Latine (FAL) (Latin America)
58. Africa Europa Faith and Justice Network (Europe, Africa)
59. African Centre for Biodiversity (Africa)
60. ALTSEAN-Burma (Southeast Asia)

61. Africaine de Recherche et de Coopération pour l'Appui au Développement Endogène (ARCADE) (Africa)
62. Asia Pacific Mission for Migrants (Asia Pacific)
63. Associació Cultural i Medi Ambiental Arrels (País Valencia, Països Catalans – SPAIN)
64. BlueLink Foundation (Europe)
65. Des De Baix – Attac PV (Baix Vinalopó, Spain)
66. Manushya Foundation (Southeast Asia)
67. International Institute for Non Violent Action (NOVACT) (Mediterranean)
68. Rural Women's Assembly (Africa)
69. Sisters of Charity Federation (United States)
70. Tax Justice Network Africa (Africa)
71. Women In Development Europe+ (WIDE+) (Europe)
72. WoMin African Alliance (Africa)
73. Torang Trust (Asia)
74. Empower India (Asia Pacific)
75. Centro de Documentación en Derechos Humanos “Segundo Montes Mozo S.J.” (CSMM) (Latin America)
76. Pesticide Action Network North America (PANNA) (North America)
77. Public Service International (PSI Américas) (Latin America)
78. Transform Europe (Europe)
79. Pacific Network on Globalisation (PANG) (Pacific)

## National

80. Palestinian Grassroots Anti-Apartheid Wall Campaign - Stop the Wall (Palestine)
81. National Fisheries Solidarity Movement (Sri Lanka)
82. Food First Information and Action Network (FIAN) (Colombia)
83. Food First Information and Action Network (FIAN) (Germany)
84. Coordinacion De Ong Y Cooperativas (CONGCOOP) (Guatemala)
85. Deca, Equipo Pueblo, AC (Mexico)
86. Human Rights and Business Centre (HOMA) (Brazil)
87. Zambia Alliance for Agroecology and Biodiversity (ZAAB) (Zambia)
88. Afrikagrupperna (Sweden)
89. Participatory Research Action Network (PRAN) (Bangladesh)
90. Food Security Network (KHANI) (Bangladesh)
91. Centro de Estudios Humanistas de Córdoba (Argentina)
92. Agrupacion 19 de Octubre SUTEL (Uruguay)
93. Red en Defensa de la Humanidad (Ecuador)
94. Ateneo La Vaquita (Argentina)
95. Observatorio Latinoamericano de Geopolítica (OLAG) – UNAM (México)
96. Tatuy TV (Venezuela)
97. DIGNIDAD Movement (Phillipines)
98. Fundación Vía Libre (Argentina)
99. Posco Pratirodh Sangram Samiti/ Anti-Jindal & Anti-POSCO Movement (PPSS) (India)
100. Philippine Alliance of Human Rights Advocates (PAHRA) (Phillipines)
101. SENTRO Nagkakaisa at Progresibong Manggagawa (SENTRO) Trade Union (Philippines)
102. Woman Health (Philippines)
103. Asociación Red de Coordinación en Biodiversidad (Costa Rica)
104. Talent Upgrade Global Concept (Uganda)
105. Acción por la Biodiversidad (Argentina)
106. Aitec France (France)
107. All India IT and ITes Employees' Union (India)
108. All India Online Vendors Association (India)
109. Alternative Information Development Centre (South Africa)
110. Association For Promotion Sustainable Development (India)

111. Attac (Austria)
112. Attac (Espana)
113. Aufstehn.at (Austria)
114. Balay Alternative Legal Advocates for Development in Mindanaw (Phillipines)
115. Bangladesh NGOs Network for Radio & Communication (BNNRC) (Bangladesh)
116. Botswana Watch Organization (Botswana)
117. Canadian Community Economic Development Network (Canada)
118. Centre for Budget and Governance Accountability (India)
119. Centro Ecologico (Brazil)
120. Centro Internazionale Crocevia (Italy)
121. Citizens Coalition for Economic Justice (South Korea)
122. Comisión Nacional de Enlace (CNE) (Costa Rica)
123. Computer Professionals' Union (Philippines)
124. Confederation Paysanne (France)
125. Coorg Organisation for Rural Development (India)
126. ECODAWN (India)
127. Emancipate (Indonesia)
128. Ethical Consumer Research Association (United Kingdom)
129. Forum Das ONG/AIDS Do Estado De Sao Paulo (FOAESP) (Brazil)
130. Focsiv Italian Federation Christian NGOs (Italy)
131. Frente Nacional por la Salud de los Pueblos del Ecuador (FNSPE) (Ecuador)
132. Fresh Eyes (United Kingdom)
133. Gender Equity: Citizenship, Work and Family (Mexico)
134. German NGO Forum on Environment and Development (Germany)
135. Gestos (Brazil)
136. Grupo de Incentivo à Vida (GIV) (Brazil)
137. Global Justice Now (United Kingdom)
138. Green Advocates International (Liberia)
139. Grupo de Resistência Asa Branca (GRAB) (Brazil)
140. Grupo de Trabalho sobre Propriedade Intelectual (GTPI) (Brazil)
141. Grupo Semillas (Colombia)
142. Human Rights Online Philippines (HronlinePH) (Phillipines)
143. Indian Social Action Forum (India)
144. Indonesia for Global Justice (Indonesia)
145. Jamaa Resource Initiatives (Kenya)
146. Jatio Sramik Jote (Bangladesh)
147. Justiça Ambiental (JA!) (Mozambique)
148. Kairos Europe WB (Belgium)
149. Knowledge Commune (South Korea)
150. Korea SDGs Network (South Korea)
151. La Asamblea Veracruzana de Iniciativas y Defensa Ambiental (Mexico)
152. LUMEN APS (Italy)
153. National Campaign for Sustainable Development (Nepal)
154. Observatorio de Impactos Sociales de la Inteligencia Artificial (Argentina)
155. Haitian Platform to Advocate Alternative Development (PAPDA) (Haïti)
156. REDES-Amigos de la Tierra (FoE) (Uruguay)
157. Research and Support Center for Development Alternatives- Indian Ocean (RSCDA-IO) / Centre de Recherches et d'Appui pour les Alternatives de Développement - Océan Indien (CRAAD-OI) (Madagascar)
158. Rural Infrastructure and Human Resource Development Organization (RIHRDO) (Pakistan)
159. Sciences Citoyennes (France)
160. Southern and Eastern Africa Trade Information and Negotiations Institute (SEATINI) (Uganda)
161. Sherpa (France)
162. Solifonds (Switzerland)

163. Success Capital Organisation (Botswana)
164. Sunray Harvesters (India)
165. Védégylet Egyesület (Hungary)
166. WomanHealth (Philippines)
167. Zimbabwe Smallholder Organic Farmers Forum (Zimbabwe)
168. Área Género, Sociedad y Políticas (FLACSO) (Argentina)
169. ATTAC ACORDEM Association of Barcelona (Spain)
170. Urgewald, (Germany)
171. Vigencia (Brazil)
172. TWN, Trust (India)
173. Volkshilfe Österrei (Austria)

*Eine Liste derjenigen, die diesen Brief persönlich gebilligt haben, finden [Sie hier](#).*

*Da es sich um eine laufende Kampagne handelt, die noch unterstützt wird, wird die Liste der Vermerke [hier regelmäßig aktualisiert](#).*